



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1921

16.04.1921 - Bericht Nr. 2

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Erster Bericht der Kommission wegen der Beamtengehälter.

Mitglieder: Dr. Bollinger, Dr. Buff, Prof. Dr. Diez, Fr. Frank, B. Heinzler, C. Karlmeyer, W. Klemann, H. Lüdeling, E. Marburg, D. Scharringhausen, L. Schierenbeck, L. Schlüter, W. Schmidt, Dr. Steengrafe.

Senatskommissare: Senatoren Hübemann, Knief, May. Beigeordnete: Syndikus Dr. Goffelke, Regierungsrat Dr. Meyer.

Die Kommission wegen der Beamtengehälter ersucht die Bürgerschaft, den Termin, bis zu welchem die endgiltige Eingruppierung der bremischen Beamten in die Besoldungsordnung zu erledigen ist, vom 30. April auf den 15. Juni 1921 zu verschieben.

Zur Begründung ihres Ersuchens gestattet sich die Kommission auf die wesentlichsten Umstände hinzuweisen, die die Erledigung der zu lösenden Aufgaben verzögern:

Erst vor wenigen Wochen ist die Kommission in den Besitz der für ihre Arbeit unumgänglich notwendigen Unterlagen — die Besoldungsordnungen des Reiches und Preußens mit ihren Ausführungsgesetzen — gelangt. Daraufhin ist sie sofort an ihre Aufgabe herangetreten. Sie hat aus sich heraus zur Ausarbeitung eines vor-

läufigen Besoldungsentwurfs drei Unterkommissionen eingesetzt, die beauftragt sind, im Benehmen mit der Beamtenkommission des Senats und den Vertretern der Beamtenschaft die ihnen übertragene vorläufige Neuordnung der Einstufung und Amtsbezeichnung möglichst bis zum 30. April fertigzustellen. Ein früherer Abschluß dieser Vorarbeiten ist nicht möglich, wenn anders die bremische Beamtenschaft in ausgiebigem Maße gutachtlich gehört werden soll. Die Gesamtkommission wird daher erst Anfang Mai an die endgiltige Neuregelung der Besoldungs- und Amtsbezeichnungsfrage herantreten und hoffentlich bis zu dem nachgesuchten Zeitpunkte ihre Aufgabe beenden können.

Die Kommission.

General History of the Republic

under the Provisional Government

The Provisional Government of the Republic was established on the 11th of February, 1917, following the abdication of the Emperor Nicholas II. It was composed of representatives from various political parties and social groups, and its primary task was to maintain order and prepare for the election of a permanent government.

The Provisional Government's first act was to issue a Declaration of Rights, which guaranteed civil liberties and the right to universal suffrage. It also took steps to reform the judicial system and to begin the process of land reform. However, the government faced significant challenges, including the rise of the Bolsheviks and the eventual signing of the Treaty of Brest-Litovsk in March 1918.

The Provisional Government